

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Raum E 188 | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Fon: +49241 5198 3305

Fax: +49241 5198 80011

Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de

Web: <http://www.dielinke-staedteregionstag.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen/>



Fraktion DIE LINKE | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

An

Pressestellen

Aachen, den 3. Mai 2017

**PRESSEMITTEILUNG VertreterInnen der LINKEN in der Städteregion Aachen fordern:
Abschiebungs-Maschinerie stoppen!**

Bezug: Stellenausschreibung der Städteregion Aachen: im A 33/ Ausländeramt, Arbeitsgruppe 33.4/ Aufenthaltsbeendende Maßnahmen, online unter <https://bportal.staedteregion-aachen.de/stellenangebote/-/egov-srac-stellenangebote/65879864/0>

Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN kritisieren die Schaffung von drei Teilzeitstellen zur Durchführung „aufenthaltsbeendender Maßnahmen“, die bis zum 19. Mai von der Städteregion Aachen öffentlich ausgeschrieben wurden. Zu den Anforderungen der Stellen zählen laut Ausschreibung „Durchsetzungsvermögen“, „physische und psychische Belastbarkeit“ sowie „Flexibilität (ggf. auch tagesaktuell und Bereitschaft, nach Absprache die Arbeitszeit den dienstlichen Gegebenheiten anzupassen (auch in den frühen Morgen- oder späten Abendstunden)“.

„Das ist an Zynismus kaum noch zu überbieten“, kritisiert der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, der als Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates mit Menschenrechtsfragen befasst ist. „Man sucht bei einer Arbeitszeit von 8 Wochenstunden und 10 Minuten Leute, mit denen man zu extrem später oder früher Stunde Menschen abschieben kann. Prekär Beschäftigte sollen die Drecksarbeit machen, damit es möglichst niemand mitbekommt“.

Dieser Kritik schließen sich auch die LINKE-Kreisvorstandsmitglieder Igor Gvozden und Vanessa Heeß an, die zugleich in den Wahlkreisen Aachen II und Aachen III für den Landtag kandidieren. „Eine richtige ›Willkommensregion‹ sieht anders aus“, bemerken sie. Sie kritisieren in diesem Zusammenhang die rot-grüne NRW-Landesregierung, die anders als ihr Gegenstück in Schleswig-Holstein nicht zumindest Abschiebungen nach Afghanistan eingestellt oder wie die rot-rot-grüne Landesregierung Thüringens einen zeitweisen kompletten Abschiebestopp verhängt hat.

Der LINKE-Fraktionsvorsitzende im Städteregionstag Uwe F. Löhr bemerkt mit Hinblick auf die aktuelle Lokalberichterstattung, dass sogar jahrelang ansässige, gut integrierte Familien aus der Städteregion abgeschoben würden oder zu werden drohten, obwohl ihre hier beschulten Kinder bereits besser Deutsch als die Muttersprache ihrer Eltern sprechen. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass man gegen jedes Gebot der Menschlichkeit und Vernunft meint, an der Einzelfallprüfung festhalten zu wollen, wenn dann solche ›Fälle‹ zustande kommen“, betonen Löhr und Andrej Hunko.

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Vorsitzender: [Uwe F. Löhr](#) | stellv. Vorsitzende: [Marika Jungblut](#) | [Geschäftsführung/ Finanzen: Harald Siepmann](#)
Fraktionsmitarbeiter: [Alban Werner](#) | [Fraktionsassistent: Albert Borchardt](#)